



Nadine Conti  
Provinzhauptstadt

## Rote Fahnen im grauen Regen

Als dem Gericht berichte ich gern. Es gibt Kollegen, die finden das furchtbar, das ist oft langwierig und zäh, da geht viel Zeit drauf und am Ende steht doch nur ein einziger Artikel. Ich habe sonst auch keine Geduld, aber hier mag ich den Kontrast zwischen den menschlichen Dramen und der sehr eigenen, strengen Logik der Gesetzesauslegung, die Raffinesse des Spiels, wenn eine sorgsam aufgebaute Argumentationskette auf geht oder in sich zusammenfällt.

Selbst das Verwaltungsgericht, von dem Unwissende glauben, es sei die natürliche Heimat der Langeweile, bietet oft grandios skurrile Einblicke. Letzte Woche zum Beispiel bei einem verregneten Ortstermin auf dem Parkplatz von VW Nutzfahrzeuge in Hannover-Stöcken. Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) klagte gegen die Stadt Hannover und Volkswagen. Der Grund: Man hatte ihr, im letzten Bundestagswahlkampf verboten, auf dem VW-Parkplatz eine Kundgebung abzuhalten.

Ha, ha, denkt sich der Laie. Ist doch wohl klar, warum sollte man denn auf einem privaten Grundstück irgendwelche kommunistischen Hanseln dulden müssen? Aber so einfach ist das natürlich nicht. Das liegt weniger daran, dass VW zur Hälfte ein Staatskonzern ist, als viel mehr daran, dass privat und öffentlich manchmal nicht so präzise zu trennen ist. Streng genommen sind ja auch Bahnhöfe und Flughäfen im Besitz privater Eigentümer – gleichzeitig sind sie allgemein zugänglich, werden genutzt und wahrgenommen als öffentlicher Raum. Es hat in den letzten Jahren ein paar einschlägige Urteile dazu gegeben, auf die sich der MLPD-Anwalt nun beruft.

### MLPD gegen VW

Nun könnte man natürlich auch kritisieren, dass es die MLPD für so dringlich geboten hält, sich ausgerechnet um die am besten bezahlten Arbeiter Deutschlands zu kümmern, statt um die Heerscharen der ausgebeuteten Fahrradkuriere oder Amazon-Fahrer. Aber das ist natürlich unfair, immerhin schließt das eine das andere ja nicht aus. Und das VW-Werk in Stöcken hat den Vorteil, dass es mit der Straßenbahn erreichbar ist. Viele der Genossen sind wirklich nicht mehr gut zu Fuß, auch wenn sie sehr geübt und sehr tapfer während der Verhandlung die rote Fahne hoch in den Regen halten.

Außerdem ist es natürlich auch sehr unwahrscheinlich, dass diese migrantischen Scheinselbstständigen bei Lieferando, Wolt, Uber, Amazon etc. MLPD-Flugblätter verstecken. Wichtigstes Argument der Klägerin Brunhild Koepsell (fast 70) ist allerdings: „Wir machen das hier schon seit zwanzig Jahren.“

Das ist nun allerdings der Punkt, an dem man die Stadt und VW fragen könnte, wovor um Himmels Willen sie denn nun plötzlich Angst haben, wenn doch diese wackeren Genossen schon so lange hinter den Drehkreuzen an den Werkstoren stehen und ihre Flugblätter verteilen, wirkungslos.

Aber, erläutern die Anwälte der Gegenseite, sie hätten damit ja weitermachen dürfen – nur eben beschränkt auf die Flächen, die sonst auch genutzt wurden. Was also war schief gelaufen? Die Feinabstimmung, irgendwas Zwischenmenschliches? Man kann darüber nur spekulieren. Vielleicht, der Verdacht liegt nahe, wollte die renitente Rentnergang sich nicht mehr zufrieden geben mit dem zugewiesenen Plätzchen, bewacht von zwei gelangweilten Polizeibeamten, sondern mal wieder einen Widerstand spüren. Wenigstens das. Wenn die Arbeiter schon nicht zuhören, das Verwaltungsgericht tut es. Und weist die Klage dann ab.

Nadine Conti ist Niedersachsenkorrespondentin in Hannover – und darüber viel glücklicher, als sie es für möglich gehalten hätte

Erinnert an einen NS-Verbrecher: der Bontekai in Wilhelmshaven  
Foto: Panthermedia/Imago

# Kriegsverbrecher nicht mehr traditionswürdig

Die Bundeswehr rückt von Friedrich Bonte ab, der in Wilhelmshaven mit zwei Straßen geehrt wird. Historiker\*innen wollen nun alle Straßennamen der Stadt erforschen

Von Jan Zier

Kommodore Friedrich Bonte ist für die Bundeswehr „nicht mehr traditionswürdig“. Mit dieser Klarstellung des Bundesverteidigungsministeriums rückt eine Umbenennung der Bontestraßen in Wilhelmshaven und Varel näher. Die öffentliche Diskussion darüber sei mittlerweile „in vollem Gange“, wie Stephan Huck, Direktor des Deutschen Marinemuseums in Wilhelmshaven, der taz sagt.

Bonte (1896–1940) war der Anführer der Zerstörerflotte, die in der „Operation Weserübung“ am 9. April 1940 in Narvik das neutrale Norwegen überfiel. Zugleich wurde das ebenfalls neutrale Dänemark angegriffen. Bonte kam dabei tags darauf zu Tode und verlor zehn Schiffe. Er diente schon im Ersten Weltkrieg in der Marine und gehörte danach zeitweilig der Marinebrigade „Ehrhardt“ an, einem rechtsradikalen Freikorps, das durch die brutale Niederschlagung der Münchner Räterepublik 1919 bekannt wurde, aber auch durch seine Beteiligung am Kapp-Putsch 1920.

In Wilhelmshaven gibt es bis heute am Marinestützpunkt eine Bontestraße, darüber hinaus aber auch einen Bonte-

kai, eine mittlerweile sehr schicke Wohnadresse, die sogar als Tourismusdestination beworben wird. Auch das niedersächsische Varel ehrt den NS-Kriegsverbrecher seit 1941, die Kommodore-Bonte-Straße dort ist aber immerhin eine Sackgasse.

Eine Überprüfung der Marine habe „schon vor geraumer Zeit ergeben“, dass Bonte nicht mehr den „für die Bundeswehr gültigen Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege“ entspreche, heißt es in einem Schreiben aus dem Ministerium in Berlin.

Derzeit würden für alle Liegenschaften der Marine „Konzepte zur Benennung der jeweiligen Infrastruktur“ entwickelt – das betrifft auch den Stützpunkt in Wilhelmshaven. Erst wenn das vorliegt, soll entschieden werden, „ob eine Umbenennung zu erfolgen hat oder bestehende Benennungen lediglich zu kontextualisieren sind“, wie das Ministerium dem Regionalhistoriker Hartmut Peters schreibt, der sich für eine Umbenennung stark macht. Peters geht davon aus, dass eine Entscheidung der Bundeswehr über die Bontestraße auch Folgen für den örtlichen Bontekai und die Kommodore-Bonte-Straße in Varel haben wird.

Aus dem Niedersächsischen Institut für historische Küstenforschung (NihK) kommt nun eine jüngst im Rat der Stadt Wilhelmshaven vorgestellte Initiative, die alle rund 300 Straßen, Plätze und Denkmäler dieser Stadt mit historischem Bezug wissenschaftlich aufarbeiten und die Ergebnisse auf einer Online-Plattform zugänglich machen will. Damit wolle man politische Debatten wie die um

tend brennen, als Vorbild und als Richtpunkt, der Name des Kommodore, der Name Bonte“, schrieb das Oberkommando der Wehrmacht nach dessen Tod. „Die Benennung des Bontekais war ein Mittel der nationalsozialistischen Propaganda, um die Verluste vor Narvik sinnstiftend zu deuten“, sagt Huck. Bontes Leben weise alle Elemente der in der NS-Zeit gültigen Vorstellungen von Heldentum auf – es stehe aber außer Frage, dass das heute „nicht mehr zur Begründung einer Benennung nach Bonte taugen würde“. Denn als verantwortlicher Offizier habe er seinen Anteil an dem „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“ gehabt. Die Debatte um eine Umbenennung müsse breit geführt und demokratisch entschieden werden, sagt Huck.

Auch aus Norwegen kam schon Kritik an der Ehrung Bontes: „Als Norwegerin und als Historikerin finde ich es schon verwunderlich, dass 2022 der Name Bonte immer noch als besonders ehrenhaft angesehen wird, sodass man weiterhin Straßen nach ihm benennt“, sagte Anette Homlong Storeide im taz-Interview: „Bonte war kein normaler Soldat, das zeigt schon seine Beteiligung an einem rechtsradikalen Freikorps.“

## In Wilhelmshaven wollen Forscher\*innen nun alle Straßennamen aufarbeiten

die Bontestraßen auf eine wissenschaftlich fundierte Grundlage stellen, sagt Moritz Mengena von NihK. Die Website soll so konzipiert werden, dass sie bei Interesse auch für andere Kommunen einfach und relativ kostengünstig für die Aufarbeitung ihrer historischen Straßennamen nutzbar wäre. Das Problem: Bisher ist das alles nur eine Idee. Es fehlt noch am Geld.

„Und immer und immer wird ein Name wie eine Fackel leuch-



## nachrichten

### Betroffene kritisieren Missbrauchsaufarbeitung

Im Zusammenhang mit der Aufarbeitung sexueller Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche in Norddeutschland üben Betroffene Kritik an der Zusammensetzung eines wichtigen Gremiums. Dabei geht es um die gemeinsame elfköpfige Aufarbeitungskommission der Bistümer Osnabrück und Hildesheim sowie des Erzbistums Hamburg. Bei deren Zusammensetzung gebe es „strukturelle und systemische Fehler“, die „eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe erschweren“, hieß es in einer Stellungnahme des Betroffenenrats der drei Kirchenpro-

vinzen. Die Kommission ist besetzt mit drei Mitgliedern des Betroffenenrates, drei Vertretern der Bistümer und fünf Mitgliedern, die von den Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein entsandt werden. Eines der von den Ländern abordneten Mitgliedern der Aufarbeitungskommission sei gleichzeitig ein leitendes Mitglied im Schutzprozess eines der Bistümer, hieß es. (dpa)

### Tariflohn in der Pflege kommt

Etwa 18 Prozent der Pflegeeinrichtungen in Niedersachsen bezahlen ihr Personal bisher

nach Tarif – und weitere 68 Prozent wollen zum 1. September nachziehen. Das hat die Krankenversicherung AOK Niedersachsen mitgeteilt. Demnach wurden die insgesamt 3.626 Pflegeeinrichtungen im Land aufgefordert, die aktuellen Gehaltsregelungen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitzuteilen. 14 Prozent meldeten sich noch nicht zurück. Vom 1. September an müssen Pflegeeinrichtungen ihr Personal nach Tarif beziehungsweise gemäß kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen bezahlen. Andernfalls werden sie nicht mehr zur Versorgung zugelassen und dürfen nicht mehr mit der Pflegeversicherung abrechnen. (dpa)

15 Jahre, immer noch unfassbar



**Felix**

\* 14. März 1991 † 12. Juli 2007

Andrea ohne Thomas